Einstimmigkeit im Jugendparlament für aktuelle politische Themen im Unterricht

---

"Politische-Bildung-Gesetz" wurde vom Ausschuss zuvor dementsprechend abgeändert

Wien (PK) – Im Gegensatz zum fiktiven Gesetzesvorschlag der Regierung sollen künftig aktuelle politische Themen sehr wohl Gegenstand des Unterrichts sein. Das hat das Jugendparlament am Ende des parlamentarischen Tages im Plenum mit dem "Politische-Bildung-Gesetz" einhellig beschlossen, nachdem die Regierungsvorlage schon zuvor im Ausschuss dementsprechend abgeändert worden war.

Mit der Gesetzesänderung legen die jungen Abgeordneten nunmehr fest, dass politische Bildung tiefgehende Kenntnisse über die demokratische Republik und die Funktion ihrer Einrichtungen im Vergleich mit anderen Staatsformen vermitteln soll und fixieren darüber hinaus aktuelle politische Themen als Gegenstand des Unterrichts. Letztere sollen sachlich, transparent, kontrovers und vielseitig behandelt werden.

In zahlreichen Entschließungsanträgen machten die Abgeordneten des Jugendparlaments im Plenum auch weiterführende Forderungen an die Regierung geltend, von denen der Großteil mit Mehrheit angenommen wurde.

JugenparlamentarierInnen schaffen eigenes "Politische-Bildung-Gesetz"

In ihren ersten Wortmeldungen am Rednerpult des Plenarsitzungssaals im Parlament in der Hofburg betonten die Jugendlichen, dass der ursprüngliche Gesetzesvorschlag unzufriedenstellend gewesen sei, wie es etwa Max Mühlberg vom Klub Orange ausdrückte. Seine Klubkollegen Mathias Johaim und Henry Richard Acres schlossen sich dem an. Bildung, vor allem politische Bildung sei wichtig für den demokratischen Staat, so Acres. Markus Habring (Klub Weiß) zufolge ist für die Meinungsfreiheit wichtig, dass alle SchülerInnen besser über Demokratie Bescheid wissen. Aktuelle politische Themen im Unterricht seien wichtig, um sich eine eigene Meinung bilden zu können, unterstrich Veyis Dönmez (Klub Gelb). Urteilsfähigkeit aufzubauen nannte Angélique Grilz (Klub Violett) als ein Anliegen an die Bildung.

Seitens der Orangen freute sich etwa Felix Krassnig über die Koalition mit dem Klub Weiß. Es gehe auch darum, im Unterricht andere Staatsformen kennenzulernen, war er sich mit Lena Krenauer (Klub Weiß) einig. Lukas Kulmesch (Klub Violett) ging es unter anderem darum, sicherzustellen, dass die Meinung der LehrerInnen nicht übergeordnet und Urteilsfähigkeit sowie Kritikfähigkeit gestärkt wird. Dass politische Themen sachlich, transparent, kontrovers und vielseitig behandelt werden, erwähnten Melanie Ottowitz (Klub Gelb) und Lauren Louisa Foster (Klub Orange) als ihr Anliegen. Als "Herzenswunsch" bezeichnete Nicolas Maurer vom Klub Weiß, dass aktuelle politische Themen im Unterricht behandelt werden. Sein Klubkollege Elias Pozewaunig wies auf die Bedeutung von Transparenz hin, wenn LehrerInnen ihre eigene Meinung äußern. Schlussendlich sei er froh, dass sich alle über den Antrag einig sind, betonte Niklas Julian Krendelsberger (Klub Violett).

Politische Bildung: Forderungen nach weiterführenden Maßnahmen

Zahlreiche Forderungen der jungen Abgeordneten wurden außerdem in Form von Entschließungsanträgen im Plenum eingebracht. In der Minderheit blieb nur eine von Johanna Opriesnig (Klub Weiß) eingebrachte Initiative, in der sich ihr Klub für interaktiven Unterricht mit Diskussionen, Rollenspielen und Workshops im Fach Politische Bildung einsetzt. Ein Antrag von Orange und Violett für verpflichtende Workshops und Projekte zur politischen Bildung, für den Moritz Jakob Mattersberger (Klub Orange) eintrat, wurde – ebenso wie alle weiteren Entschließungen – mehrheitlich angenommen. So brachte Jessica Muchar (Klub Weiß) den Antrag von Weiß und Violett ein, dass aktuelle politische Themen ab der 8. Schulstufe fixer Teil des Unterrichts sein sollen. Für den Klub Violett forderte am Rednerpult Haolei Zhang die Vermittlung tiefergehender Kenntnisse über die demokratische Republik. Vanessa Fröhlich (Klub Orange) brachte den Antrag ihres Klubs gemeinsam mit Violett ein, mindestens eine Stunde politische Bildung wöchentlich einzuführen. Ihr Klubkollege Sebastian Johann Wernig forderte mit einer gemeinsamen Entschließung von Orange, Weiß und Violett, die politische Bildung stärker auch in der Ausbildung von Lehrpersonen zu verankern. Maximilian Leitgeb brachte für den Klub Orange außerdem den Antrag ein, die Unterrichtsmaterialien für politische Bildung moderner zu gestalten. Elias Unger vom Klub Gelb sprach sich schließlich in einer Wortmeldung unter anderem dafür aus, das Jugendparlament künftig auch in den Bundesländern einzuführen. (Schluss) mbu